

Dr. H.P. Nachtnebel
1180 Wien, Pötzleinsdorfer Str. 79/19
nightfognachtnebel@gmail.com

Wien, 16.05.2021

An Herrn Minister Dr. Schallenberg
Ministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
post@bmeia.gv.at

betr.: Die israelische Flagge am Bundeskanzleramt

Sehr geehrter Herr Außenminister!

Seit einigen Tagen weht die Flagge Israels über dem Bundeskanzleramt und Außenministerium. Gleichzeitig bringen militärische Auseinandersetzungen zwischen Israel und dem palästinensischen Teil im Gaza Streifen, sowie heftige Konflikte unter Staatsbürgern Israels die gesamte Region in eine sehr labile Situation. In der WZ vom Mittwoch 12.5. werden Sie, Herr Dr. Schallenberg, zitiert: „Die Situation ist brandgefährlich und sehr volatil. Wir alle sind dazu aufgerufen zu schauen, dass die Situation nicht überkocht, sondern dass wir beruhigend wirken.“

Nun, durch das Aufziehen der israelischen Flagge wurde im aktuellen Konflikt, an dessen Aufflammen ganz maßgeblich und nachweislich auch Israel beteiligt ist, eindeutig, einseitig, ungerechtfertigt Position bezogen. Damit wird das Potential Österreichs, einen Beitrag zur internationalen Friedensvermittlung zu leisten, eindeutig geschwächt. Gelang es Österreich sich über Jahrzehnte auf Grund seiner Außenpolitik als wichtiger Verhandlungs- und Konferenzort zu etablieren, wie z.B. durch das internationale Abkommen zum iranischen Atomprogramm im Jahr 2015 bestätigt, so wurde nunmehr Objektivität aufgegeben und damit die Erwartungen an einen internationalen Konferenzstandort deutlich reduziert.

Zum Konflikt: Es sei hier nur auf einige Aktionen in den letzten Tagen hingewiesen, siehe dazu WZ vom 12.5.2021: „der aktuelle Konflikt hat sich über mehrere Wochen aufgebaut. Beteiligt an dem Konflikt sind ebenso radikale Israelis, die unter „Tod den Arabern“-Rufen durch die Altstadt (Ost-Jerusalem) zogen. Im April sperrten israelische Sicherheitskräfte den Platz vor dem Damaskustor (Ost-Jerusalem), ein beliebter Treffpunkt der Palästinenser während des Ramadan“.

Gleichzeitig sind aktuell vier Häuser palästinensischen Familien in der Altstadt in Ost-Jerusalem von der Räumung bedroht. Weitere 75 Räumungen sind geplant (<https://taz.de/Auseinandersetzungen-in-Israel/!5766297/>). Eine der Ursachen: Mit der Schaffung des Staates Israel im Jahr 1948 verloren jüdische Einwohner in Ost-Jerusalem ihre Grundstücke, die Ihnen durch ein Jahrzehnte später verabschiedetes Gesetz wieder rechtlich zuerkannt wurden. Für Palästinenser, die 1948 ihren Besitz im heutigen Israel verloren hatten, gilt das gleiche Recht hingegen nicht. Sowohl Menschenrechtsvereine als auch die israelische Organisation Ir Amin (<https://www.ir-amim.org.il/en>) halten daher dieses Gesetz für diskriminierend. Diese Räumungen erfolgen in Ost-Jerusalem, dessen Status nach UN Lesart nicht endgültig festgelegt ist, aber derzeit als besetztes Gebiet angesehen wird. Die UN Generalversammlung beschloss im Dezember 2017 mit großer Mehrheit von 128 Staaten (35 Staaten enthielten sich, 21 waren nicht anwesend, neun stimmten dagegen, unter ihnen Israel und die USA) die [Resolution A/ES-10/L.22](#). Darin heißt es, dass der endgültige Status der Stadt durch Verhandlungen in Einklang mit einschlägigen UN-Resolutionen verhandelt werden müsse. Einige Länder haben unabhängig davon Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannt. Im Jahr 2020 verabschiedete die UN Generalversammlung insgesamt 23 Resolutionen, von denen 17 gegen Israel und sein Vorgehen als langjährige Besatzungsmacht gerichtet

waren. Die sechs weitere UN-Beschlüsse richteten sich gegen Nordkorea, Syrien, Iran, Myanmar, und die übrigen zwei verurteilten die Annexion der Krim. Auch in den anderen Jahren betrafen etliche UN-Resolutionen die israelische Vorgangsweise, insbesondere die Verletzung der Menschenrechte der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten inklusive Ost-Jerusalems (z.B. <https://undocs.org/en/A/RES/73/95> aus dem Jahr 2018).

Natürlich sind die UN in ihrer Struktur und Effizienz verbesserungsfähig, das gilt auch für die obersten Gerichte in Österreich, doch bis auf Weiteres sind diese Institutionen nach Möglichkeit zu unterstützen und deren Beschlüsse anzuerkennen.

Inzwischen wehren sich die palästinensischen Einwohner Israels und in den besetzten Gebieten gegen die asymmetrischen Rechte von Juden und Palästinenser, sowie gegen die zunehmende Aneignung von besetzten Gebieten durch israelische Siedler. Der andauernde Beschuss Israels durch Raketen aus dem Gaza-Streifen ist grundsätzlich abzulehnen. Selbstverteidigung ist völkerrechtlich legitimiert, doch ist die Asymmetrie in der Wirkung von Hamas-Attacken und der militärischen israelischen Antwort eindeutig, unverhältnismäßig und ebenfalls abzulehnen.

Herr Bundeskanzler Kurz sprach des Öfteren von Österreichs Rolle als Brückenbauer (<https://www.diepresse.com/5441307/osterreich-bruckenbauer-seit-den-1950er-jahren>). Diese Funktion wäre sehr zu begrüßen und zu unterstützen, doch dürfte es sich auch hier um eine rein plakative, aber inhaltsleere Position handeln. Stattdessen hisst man Flaggen! Nun ja, Parallelen zwischen Österreich und Israel sehe ich schon, insbesondere was die drohende Anklageerhebung gegen den amtierenden Ministerpräsidenten und unseren Bundeskanzler anlangt. Aber dafür brauchen wir doch keine Fahnen! Bei der Verleihung des Freiheitspreises der Weimer Media Group, die vor wenigen Tagen an BK Sebastian Kurz erfolgte, wurde dieser als „Versöhner unterschiedlicher Interessen und weltpolitischer Anschauungen“ und als „Brückenbauer“ bezeichnet. Welche Brücken und wohin? Wo wirkte er als „Versöhner“?

Vielleicht gelingt es Ihnen Herr Außenminister, schrittweise und langfristig eine breite Kommunikationsplattform für alle am Konflikt beteiligten Länder aufzubauen. Dies würde der Brückenfunktion, von der immer wieder gefaselt wird, entsprechen. Aber das dürfte Ihnen doch etwas zu anspruchsvoll sein, und Sie ziehen es eher vor, als Paketlieferant für einige Tausend Impfpullen am Balkan unterwegs zu sein. Amazon kann das besser!!

Ich hege noch immer die Hoffnung, dass in Österreich wieder inhaltliche Arbeit erfolgt, und dass die reine Ankündigungspolitik der Vergangenheit angehört. Übrigens, Ihren Vater habe ich bei einigen Anlässen als Botschafter in Paris kennen und schätzen gelernt. Von Ihren Leistungen lasse ich mich noch gerne positiv überraschen.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. em. DI.Dr.techn. Dr.h.c. H.P. Nachtnebel

Ein paar Angaben zu meiner Person, damit niemand auf dumme Gedanken kommt.

- (1) 1991-2002: Mehrjährige Kooperation und Publikationstätigkeit mit israelischen Wissenschaftlern
- (2) 1991-2001 Mitarbeit am PCCP Programme der UNESCO (Potential Conflicts-Collaboration Potential)
- (3) 1995-2008 Mehrere fachliche Besuche in Israel und den angrenzenden Ländern
- (4) 1997 Mitarbeit am UNESCO Workshop „Negotiation on Water in Areas of Conflict“, 25.-27.05.97, Technion Haifa/Israel.
- (5) 2017-2019 Recherche zu ermordeten jüdischen Bekannten meiner Familie und schließlich Setzen eines Gedenksteines am Währinger Gürtel